

Ö F F E N T L I C H E N I E D E R S C H R I F T

über die 6. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klima und Energie

vom: **24.08.2021**

von: **17:00 Uhr**

bis: **19:15 Uhr**

Ort: **Siegerlandhalle, Koblenzer Straße 151,
57072 Siegen, Leonhard-Gläser-Saal**

Anwesend waren:

Vom Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie:

Stv Boller, Joachim	- als Vorsitzender -
AM Bornhütter, Nils	
Stv Christian, Thomas	
AM Dinter, Oliver	
Stv Hähner, André	
Stv Hof, Felix	
AM Kammann, Jacob	vertritt Gieseler, André
AM Klaas, Henner	
Stv Krumm, Heike	bis TOP 3 und ab TOP 5 ö. T.
Stv Langer, Günther	vertritt für TOP 4 ö. T. Krumm, Heike
AM Neumann, Thomas	vertritt Greber, Gudrun
AM Schloos, Ulrich	vertritt Becker, Melanie
AM Schneider, Walter	
Stv Shirley, Julia	
Stv Sondermann, Christian Paul	
Stv Weber, Frank	vertritt Dr. Zybill, Christian
AM Wüst, Eckard	

Beratende Mitglieder:

AM Häger, Stephan
AM Katz, Heike

AM Palm, Alexander
IntRM Tahmaz, Hanan
AM van Overloop, Lorenz

vertritt Weiskirch, Jürgen
vertritt Wiegel, Roland

Als Zuhörer:

Stv Langer, Günther

Von der Verwaltung:

StBR Schumann
VA Daub
Städt. OVR Dr. Kraft
Städt. OVR Schmidt
Städt. OVR Diehl
VA Bergholz
Stl Rohde

- als Schriftführerin -

Nicht anwesend waren:

Stv Becker, Melanie
AM Gieseler, André
AM Greber, Gudrun
Stv Zöller, Klaus
Stv Zybill, Dr. Christian
AM Bauch, Dr. Wolfgang
AM Semper, Manfred
AM Weiskirch, Jürgen
AM Wiegel, Roland
AM Zapletal, Martin

vertreten durch AM Schloos, Ulrich
vertreten durch AM Kammann, Jacob
vertreten durch AM Neumann, Thomas

vertreten durch Stv Weber, Frank

vertreten durch AM Palm, Alexander
vertreten durch AM van Overloop, Lorenz

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Hinweise zur Niederschrift

1.1 Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 04.05.2021

Es werden keine Hinweise vorgebracht.

6. AfUKE 24.08.2021

1.2 Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 01.06.2021

Es werden keine Hinweise vorgebracht.

6. AfUKE 24.08.2021

2. Fragestunde

Es wurden keine Anfragen eingereicht.

6. AfUKE 24.08.2021

3. Anträge gemäß § 9 der Geschäftsordnung

3.1 Erfahrungsbericht über den Einsatz von Bewässerungssäcken (Treegator) - Antrag der UWG-Fraktion

Vorlage Nr. AT 109/2021

Vorlage Nr. AT 109/2021 A

=> *In Abstimmung mit der Verwaltung, den Erfahrungsbericht um ein Jahr zu verschieben, wird der Antrag von der UWG-Fraktion zurückgezogen.*

6. AfUKE 24.08.2021

3.2 Ausschreibungskriterien für Fahrzeuge des städtischen Fuhrparks - Antrag der Fraktion B'90/Die Grünen

Vorlage Nr. AT 120/2021

Einleitend erklärt Herr Wüst noch einmal den Hintergrund des Antrags. Da Kriterien des Klimaschutzes in der heutigen Zeit in allen Bereichen angewendet werden sollten, habe eine Vergabe für ein Müllfahrzeug, bei der der Kaufpreis das einzige Zuschlagskriterium darstellte, zu großem Erstaunen und diesem Antrag geführt. Die Fraktion Die B'90/Die Grünen beantragt daher durch den Umweltausschuss eine Empfehlung auszusprechen, dass Kriterien wie Klimafreundlichkeit und damit verbundene minimierte Schadstoffbelastungen, Lärmbelastung und totale Lebenszykluskosten während des Betriebs in zukünftigen Ausschreibungen eine ausschlaggebende Rolle spielen. Dies sei aus ihrer Sicht mit Hinblick auf die lange Lebensdauer der Fahrzeuge essenziell. Außerdem schaffe eine größere Nachfrage nach Fahrzeugen mit alternativen Antriebsarten langfristig auch ein größeres Angebot.

Der neue Leiter der Abteilungen Sicherheit, Ordnung und Stadtreinigung, Herr Schmidt, erklärt, dass im Rahmen der Vergabeverfahren zur Beschaffung von Fahrzeugen seit Jahren die jeweils bestmöglich verfügbare Schadstoffnorm (aktuell EURO VI d) gefordert wird. Bei dem angeführten Fahrzeugsegment sei das einzige Zuschlagskriterium der Preis gewesen, da besonders im Bereich der schweren Nutzfahrzeuge bisher keine alternativen Antriebe verfügbar sind, die diese Anforderungen erfüllen.

Auch der Verwaltung sei es wichtig, den Umwelt- und Klimaschutz aktiv zu unterstützen. Jedoch können die wirtschaftliche Haushaltsführung und die Einsatzfähigkeit der Fahrzeuge dabei aber nicht außer Acht gelassen werden.

Seit diesem Jahr gibt es auf dem Markt serienreife Müllsammelfahrzeuge mit Brennstoffzellentechnik. In Zusammenarbeit mit der städtischen Wirtschaftsförderung wurde ein Förderantrag zur Beschaffung von zwei Brennstoffzellenmüllfahrzeugen gestellt. Durch diese Fahrzeuge sollen im Vorgriff auf notwendige Ersatzbeschaffungen zwei Dieselfahrzeuge ersetzt werden. Dem Förderantrag wurde entsprochen, so dass die Ausschreibung der beiden Fahrzeuge im laufenden Jahr erfolgen kann. Die Lieferung ist für 2022 eingeplant.

Für die unterschiedlichen topographischen Einsatzgebiete werden Fahrzeuge mit 1 bis 3 Brennstoffzellen angeboten. Zur Ermittlung der benötigten Anzahl an Brennstoffzellen im Siegener Stadtgebiet wurden im Juli bei einer 14-tägigen Sammeltour alle relevanten Daten wie gefahrene Kilometer, Treibstoffverbrauch, Anzahl der Halte und Anzahl der geleerten Tonnen erfasst. Derzeit wartet die Verwaltung auf die Auswertung dieser Daten durch den Fahrzeughersteller.

Ein Müllsammelfahrzeug mit Brennstoffzellentechnik, Pressplattenaufbau und Lifter kostet voraussichtlich 1,1 Mio. €. Die Kosten für ein herkömmliches Dieselfahrzeug liegen bei rd. 265.000 €.

Die Mehrkosten zu einem konventionell angetriebenen Müllfahrzeug werden zu 90 % gefördert. Das bedeutet für den städtischen Haushalt rund 80.000 € Mehrkosten pro Fahrzeug. Die Mittel sind im Haushalt bereits vorgemerkt.

Seit dem 02.08.2021 sind für öffentliche Auftraggeber die Vorschriften des Gesetzes zur Umsetzung der Saubere Fahrzeuge-Richtlinie (Clean Vehicles Directive – CVD) verbindlich zu beachten.

Nach dieser Richtlinie müssen öffentliche Auftraggeber bei den Neubeschaffungen schwerer Nutzfahrzeuge (über 3,5 Tonnen, zulässigem Gesamtgewicht) im Referenzzeitraum bis 31.12.2025 mindestens 10% der Neufahrzeuge mit alternativen Antrieben beschaffen. Bis 31.12.2030 liegt die Erfüllungsquote bei 15 % der Neuanschaffungen.

Sofern über diese Quoten hinaus schadstoffarme oder schadstofffreie Fahrzeuge beschafft werden sollen, ist das nur möglich wenn die tatsächlich benötigten Mittel im Haushalt zur Verfügung stehen. Neben der Finanzierbarkeit der wesentlich teureren schadstofffreien Fahrzeuge müssen diese, sofern überhaupt marktverfügbar, auch technisch so ausgereift und leistungsfähig sein, dass sie die zu erledigenden Aufgaben problemlos ausführen können. Dies ist jedoch nicht immer gegeben. So ist beispielsweise der Einsatz batteriebetriebener Fahrzeuge im Winterdienst zumindest aktuell kaum vorstellbar. Die Batteriekapazität nimmt bei niedrigen Temperaturen deutlich ab und eine Aufladung ist nur in den Nachtstunden zwischen 23.00 Uhr und 4.00 Uhr möglich. Sollte bei intensiven und andauernden Einsätzen die Batterie leer werden, würde dies dazu führen, dass der Verkehrssicherungspflicht nicht im erforderlichen Umfang nachgekommen werden könnte.

Speziell Winterdienstfahrzeuge und selbstfahrende Arbeitsmaschinen wie Kehrmaschinen sind explizit von der Saubere Fahrzeuge-Richtlinie ausgenommen.

Bei Ausschreibungen zur Fahrzeugbeschaffung muss aus den vorgenannten Gründen eine auf den Einsatzzweck abgestimmte Leistungsbeschreibung erfolgen, die auch bei den Wertungskriterien zu berücksichtigen ist. Grundsätzlich muss neben der genannten Ein-

satzfähigkeit der beschafften Fahrzeuge auch die Verpflichtung der Kommunen zu einer sparsamen und wirtschaftlichen Haushaltsführung Berücksichtigung finden (§ 75 GO).

Im Ergebnis werden bei der Stadt Siegen mit den eingangs erwähnten zwei neuen Fahrzeugen mit Brennstoffzellentechnik bereits ab nächstem Jahr zwei der insgesamt neun städtischen Müllsammelfahrzeuge mit alternativem Antrieb in Nutzung sein, also über 20% dieses Fahrzeugsegments.

In der 42. KW -Mitte Oktober- wird die Stadtreinigung darüber hinaus für eine Woche ein vollelektrisches Kleinmüllsammelfahrzeug ausleihen und testen.

Für Herrn Klaas handelt es sich bei Herrn Schmidts Ausführungen um eine plausible Erklärung. Nichtsdestotrotz halte es die CDU- und SPD Fraktion unbedingt für notwendig, Vergabekriterien für Fahrzeugvergaben neu aufzustellen. Aus Sicht der CDU- und SPD handle es sich bei dem Antrag der B'90/Die Grünen-Fraktion um einen guten Ansatz, der jedoch zu sehr mit Superlativen behaftet sei. So solle Klimaschutz zwar zweifellos einen sehr hohen Stellenwert eingeräumt bekommen, jedoch nicht den höchsten. Vielmehr müsse dieses mit wirtschaftlichen und technischen Aspekten in Einklang gebracht werden. Um Vergabekriterien zu überarbeiten, solle die Verwaltung daher dem Ausschuss einen Vorschlag unterbreiten, welche Kriterien mit welcher Gewichtung in die zukünftigen Vergaben einfließen. Dies wird zum Antrag erhoben.

Aus der Aussprache geht hervor, dass von der Verwaltung eine Liste mit zeitnah notwendigen Fahrzeugbeschaffungen erarbeitet und dem Ausschuss zeitnah vorgelegt werden soll. Wie von Herrn Klaas gewünscht, sollen dazu potentielle Vergabekriterien gerichtsfest formuliert werden.

Außerdem wird angeregt, künftig auch die Stabsstelle Klimaschutz an Fahrzeugvergaben zu beteiligen.

Auch, wenn der Ansatz und der Wunsch nach einer einheitlichen Bewertungsmatrix nachvollziehbar ist, stellt die Verwaltung heraus, dass die Aufstellung einer standardisierten Matrix leider nicht möglich sei, da bei jeder Vergabe jedes Fahrzeug einzeln bewertet werde und einem individuellen Anforderungsprofil unterliege. Zu dem fehlen bisher Erfahrungswerte mit den Fahrzeugen selbst, um angemessene Kriterien überhaupt heraus zu stellen. Daher sei es sinnvoll, zunächst einmal die Inbetriebnahme und angemessene Testphase der Fahrzeuge abzuwarten. Vorgelegt werden könne jedoch eine Liste, die sich mit dem Bestand und einer rechtlichen Auseinandersetzung befasse.

Da dem Ausschuss diese Ausführungen einleuchten, kommt man überein, dass anstelle dieser allgemeinen Matrix für jedes Fahrzeug einzeln Bewertungskriterien bzw. Anforderungsprofile erstellt und dem Ausschuss vorgelegt werden sollen. Diese können dann im weiteren Verlauf als Diskussionsgrundlage dienen.

Es wird sich darauf geeinigt, bei der Auflistung auf Fahrzeuge, für die keine alternativen Antriebsarten und sonstige Beschaffungen in Frage kommen, zu verzichten.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, schnellstmöglich eine Übersicht aufzustellen, die sich mit den zukünftigen Bedarfen an städtischen Fahrzeugen beschäftigt und für jedes Fahrzeug ein mögliches Anforderungsprofil bzw. Bewertungskriterien (hinsichtlich des Klimaschutzes) aufzeigt. Die Übersicht soll dem Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie anschließend vorgelegt werden.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

6. AfUKE 24.08.2021

**3.3 Aufnahme in den Winterdienst der Straße "Unter dem Lindchen" in Siegen-Oberschelden
- Antrag der FDP-Fraktion -**

Vorlage Nr. AT 126/2021

Vorlage Nr. AT 126/2021 A

Herr Schneider erklärt den Hintergrund des Antrags und bittet um Zustimmung.

Herr Diehl führt aus, dass es eine Vielzahl an ähnlichen Straßen gebe. Wesentliches Kriterium für einen regulären Winterdienst sei die Verkehrswichtigkeit und –gefährlichkeit. Mit einer positiven Entscheidung würde außerdem ein Präzedenzfall geschaffen werden.

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie beschließt die Aufnahme der Straße „Unter dem Lindchen“ im Ortsteil Oberschelden in den Winterdienst ab dem Winter 2021/2022.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dagegen

Dafür: 1 (FDP)

Enthaltungen 0

6. AfUKE 24.08.2021

**4. Gemeinsamer Antrag der UWG-Fraktion und der Volt-Fraktion vom 09.02.2021
Maßnahmen zur Vermüllungseindämmung
Befristete Einstellung von Abfallkontrolleurinnen bzw. Abfallkontrolleuren**

Vorlage Nr. VL 448/2021

Bezugnehmend auf die seit längerem vermüllten Containerstandorte in einigen Stadtteilen, erklären Herr Langer und Herr Kammann den Hintergrund des Antrags. Um die Kosten geringer zu halten, solle nun doch über 2 statt 4 Kontrolleurinnen und Kontrolleure abgestimmt werden. Als Beispiel gehen bereits andere große Städte voran, bei denen diese Maßnahme gute Wirkungen zeigten.

Aus der Aussprache des Ausschusses wird deutlich, dass sowohl die Notwendigkeit als auch der Nutzen einer solchen Maßnahme auf Zweifel stößt. Wie Herr Sondermann berichtet sei dieser Antrag bereits im AK Abfall mit dem Ergebnis diskutiert worden, von einer positiven Beschlussfassung abzusehen. Gründe dafür seien zum einen in den Mehrkosten für alle Bürgerinnen und Bürger gegeben. Auch wird der Erfolg als recht gering eingeschätzt. Da es sich aus ihrer Sicht bei den Verursachern von Vermüllung oftmals nicht um böswillige Motive, sondern vielmehr von Unwissen geprägte Handlungen handle, sei eher Aufklärung der bessere Ansatz.

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie beschließen zunächst befristet für ein Jahr, zwei Abfallkontrolleurinnen/Abfallkontrolleure einzustellen.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dagegen

Dafür: 5 (B'90/Die Grünen, UWG, Volt)
Enthaltungen 0

6. AfUKE 24.08.2021

**5. Errichtung von PV-Freiflächenanlagen im Stadtgebiet Siegen
- Zwischenbericht zur Potenzialflächenanalyse**

Vorlage Nr. VL 392/2021

Auf Frau Shirley's Anmerkung hin, dass der Fokus in dem Bericht zu sehr auf Wirtschaftlichkeit, anstatt auf tatsächlichen Flächen liege, erklärt Herr Daub, dass es notwendig gewesen sei den Hauptaugenmerk auf ein Kriterium zu legen, um nicht alle Flächen der Stadt in einer immens kleinteiligen Arbeit betrachten zu müssen. Dabei habe man das Kriterium der Wirtschaftlichkeit gewählt und sich an der Studie des Landes orientiert, welches im Ausschuss bei Vorstellung auch Zustimmung fand.

Auf ihre Frage nach dem Fertigstellungstermin des Abschlussberichts teilt er mit, dass sich die Verwaltung um eine schnellstmögliche Fertigstellung bemühe, spätestens im 1. Quartal des nächsten Jahres sei damit zu rechnen.

=> *Der Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie nimmt den Zwischenbericht der Verwaltung zur Kenntnis.*

6. AfUKE 24.08.2021

6. Jährliche Beschlusskontrolle: Umsetzung der Klimabeschlüsse des Rates

Vorlage Nr. VL 460/2021

Herrn Wüst interessiert der aktuelle Stand zur Installation der im Bericht erwähnten 50 Mikro-Photovoltaik-Anlagen.

Nach Herrn Daubs Kenntnisstand gibt es aktuell eine Testanlage, die auf dem Rathaus in Geisweid betrieben wird. Aufgrund von dringlichen, größeren Ausschreibungen, wie beispielsweise der anderen Photovoltaik-Anlagen, und der doch sehr zeitintensiven Einzelfallprüfung für diese kleineren Objekt sowie auch in Anbetracht der Thematik klimaneutraler Gebäudebetrieb und weiteren Entwicklungen sind bisher keine weiteren Mikro PV-Anlagen angeschafft und aufgehängt worden. Dies bedeute aber nicht, dass das Thema abgeschrieben sei.

Dazu ergänzt Herr Schumann, dass die Stadt nur einen Mitarbeiter habe, der sich im Wesentlichen mit Photovoltaik-Anlagen auseinandersetze und dessen Kapazitäten natürlich begrenzt seien.

Auf Nachfrage nach der Fertigstellung des Konzeptes für das klimaneutrale Stadtfest erklärt Herr Daub, dass man sich aufgrund des abgesagten Stadtfestes dieses Jahres und der zeitlichen Entfernung bis zum nächsten Stadtfest dazu entschlossen habe, erst einmal anderen Projekten in der Bearbeitung Priorität zu geben. Nichtsdestotrotz sei man in der Bearbeitung schon recht weit fortgeschritten und auch in der Abstimmung mit anderen Abteilungen sowie auch mit den Vertragspartnern gut aufgestellt.

=> *Der Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie nimmt die Berichterstattung zur Beschlusskontrolle zur Kenntnis.*

6. AfUKE 24.08.2021

7. Sofortmaßnahmen: Klimaneutraler Gebäudebetrieb 2040

Vorlage Nr. VL 379/2021

Die Fraktion B'90/Die Grünen wirft die Frage nach der Anwendung des Passivhaus-Standards bei der Sanierung von Gebäuden auf. Außerdem stelle sich auch die Frage, welche Energiestandards die Stadt bei angemieteten Gebäuden, beispielsweise bei Kindergärten, ansetzt. Nach Auffassung ihrer Fraktion sollten in solchen Fällen entsprechende Auflagen gemacht werden. Als sinnvoll wird es zudem angesehen, auch die Gebäude der KEG in die Beschlussfassung mit einzubeziehen.

Herrn Kammann interessiert der Kostenrahmen der externen Beauftragung zur Erstellung einer Roadmap.

Herr Daub und Herr Schumann erklären dazu, dass es sich bei der Vorlage zunächst einmal lediglich um einen Lückenfüller handle, der die Zeit abdecken soll, bis eine feste Roadmap für die Stadt vorliegt. Dann seien auch genauere Angaben zu Fragestellungen wie Kostenpunkte, Personaleinsatz und Prioritäten möglich. Ergänzend dazu informiert Herr Daub, dass

die letzte Woche veröffentlichte Förderrichtlinie „progres.nrw – Klimaschutztechnik“ natürlich auch Eingang in die Betrachtungen finde.

Kostenpunkt liege bei der externen Vergabe zur Erstellung der Roadmap bei ca. 50.000-100.000 Euro.

Bezüglich der Anwendung des Passivhaus-Standards werde in der Vorlage erst einmal lediglich die Anwendung auf Neubauten und Anbauten an Bestand gefordert. Ob dies auch für Sanierungen in Frage käme, werde derzeit noch geprüft, da es sich hierbei um einen deutlich komplexeren Sachverhalt handle.

Da die Vorlage sich erst einmal nur auf kommunale Gebäude, die die Stadt selbst betreibt, bezieht, sei die Frage nach den Energiestandards bei angemieteten Objekten und wieviel Einfluss man als Stadt dabei nehmen wolle, bisher noch nicht betrachtet worden. Dies sei eine Fragestellung, mit der man sich eventuell noch einmal vertiefter auseinander setzen müsste.

Ob die Beschlüsse auch auf die KEG anwendbar sind, kann nicht mit eindeutiger Gewissheit beantwortet werden. Mit betrachten müsse man bei diesem Ansatz jedoch auch die enormen wirtschaftlichen Folgen für die KEG, die damit einhergingen.

Herr Boller erinnert sich, dass der Rat das Weisungsrecht über die Mitglieder des Aufsichtsrates habe und dementsprechend ein Recht zur Beschlussfassung hätte.

In Absprache mit der Verwaltung wird sich darauf geeinigt, als Umweltausschuss die Anwendung der Beschlüsse auf die KEG zu empfehlen und eine Stellungnahme von Herrn Cavellius zum Einbezug der KEG bis spätestens zur nächsten Ratssitzung abzuwarten. Auch die Fragestellung bezüglich angemieteter Gebäude, insbesondere demnächst neu zu errichtender Kindergärten, solle noch einmal vertieft betrachtet werden.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt, wie von der Verwaltung vorgeschlagen, bis zur Verifizierung durch die Roadmap/Fahrplan „Klimaneutraler Gebäudebetrieb 2040“ folgende Sofortmaßnahmen:

1. sich zunächst der Definition des EU-Parlaments zur Klimaneutralität anzuschließen.
2. Neubauten (auch Anbauten im Bestand) der Stadt Siegen mindestens im Passivhausstandard zu errichten. (vorbehaltlich Einzelfallfestlegungen für besondere Gebäude, wie etwa Schwimmbäder, Veranstaltungsgebäude)
3. die CO₂-neutrale Wärmeversorgung der Liegenschaften anzustreben (fossile Wärmeerzeuger sind nur in technisch zuvor begründeten Einzelfällen zulässig) und verfügbare Fördermittel bei jeder Heizungssanierung zu beantragen.
4. bei allen Neubauten und Dachsanierungen die solare Nutzung der Dachfläche verpflichtend umzusetzen, entweder in Eigenregie oder mit Hilfe eines externen Dienstleisters, welcher den Strom aus der Anlage an die Stadt direkt liefert. Die **Maximalauslegung** („Maximalauslegung bedeutet die Dachflächen abzüglich der Flächenanteile des Daches, die wegen Verschattung, Dachaufbauten, Dachfenstern, anderer Dachnutzungen oder Ausrichtung nach Norden (Himmelsrichtungen zwischen Ostnordost und Westnordwest) nicht genutzt werden können) der Anlagen ist anzustreben, wo möglich in Kombination mit einer Dachbegrünung.
5. schon jetzt Kompensationsmaßnahmen anzugehen und diese bilanziell zu erfassen.

6. dass die Kompensation von Emissionen zunächst vorrangig innerhalb des Stadtgebietes und erst nachrangig außerhalb des Stadtgebietes erfolgen muss.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie empfiehlt, die vorstehenden Beschlüsse auch auf die KEG anzuwenden.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

6. AfUKE 24.08.2021

**8. Bericht Stabsstelle Klimaschutz
- mündlicher Bericht -**

Ergänzend zu dem den Ausschussmitgliedern schriftlich vorliegenden Bericht lädt Herr Daub noch einmal herzlich zu dem Vortrag des Energievereins zur Dach und Fassadenbegrünung ein. Die Veranstaltung findet am 06.09.2021 statt, Anmeldungen können sowohl über den Energieverein als auch über ihn selbst erfolgen.

Bezüglich der Information zum Thema Stadtradeln berichtet er erfreut, dass sich die Anmeldezahlen seither fast verdoppelt hätten auf über 450 Teilnehmende.

Abschließend verweist er noch einmal ausdrücklich auf die Information zur Neugründung des Gremiums IPCC.

6. AfUKE 24.08.2021

9. Mitteilungen der Verwaltung

Es liegen keine Mitteilungen vor.

6. AfUKE 24.08.2021

gez.
Vorsitzender

gez.
Schriftführerin